

Und jetzt: Mehr Schutz bei Kündigungen

Ständeräte möchten Arbeiter besser gegen billigere Konkurrenz aus dem Ausland absichern

Daniel Friedli

Die Stellenmeldepflicht für Arbeitslose, neue Überbrückungsleistungen für Ausgesteuerte - die Politik tut derzeit viel, um inländische Arbeitnehmer zu schützen und allfällige negative Folgen der Personenfreizügigkeit abzufedern. Nun könnte auf dieser Liste ein weiterer Punkt hinzukommen: ein besserer Kündigungsschutz bei Lohndumping.

Dazu hat sich jedenfalls diese Woche überraschend die Rechtskommission des Ständerates bekannt. Sie will via Obligationenrecht alle Kündigungen für missbräuchlich erklären, bei denen ein Arbeitnehmer durch einen «Gleichqualifizierten» mit weniger Lohn ersetzt wird.

Prima i nostri

Die Idee dazu stammt aus dem Kanton Tessin. Dort hat das Volk 2016 die Volksinitiative «Prima i nostri» (Zuerst die Unsrigen) angenommen, die Tessiner Arbeiter besser vor Konkurrenz durch italienische Grenzgänger und Lohndumping schützen will. Das Problem: Wesentliche Punkte darin liessen sich nicht umsetzen, da sie Bundesrecht widersprechen.

Also schickten sich die Tessiner an, das Bundesrecht zu ändern, und überwiesen dazu eine Ständesinitiative nach Bern. Ihr Inhalt: Kündigungen, bei denen ein Arbeitnehmer durch einen anderen mit gleicher Qualifikation, aber tieferem Lohn ersetzt wird, sollen künftig als missbräuchlich gelten. Dies heisse nicht, dass die Kündigung nichtig wird. Der Entlassene könnte aber vor Gericht eine Entschädigung erstreiten.

Dass die zuständigen Ständeräte diesem Vorschlag nun gleich

mit 8 zu 3 Stimmen zugestimmt haben, darauf hätten im Vorfeld weder die Gewerkschaften noch die Arbeitgeber oder der Bund gewettet. Zur Begründung sagt Kommissionspräsident Robert Cramer (Grüne), der Entscheid drücke primär einmal aus, dass man den Hilfeschi aus dem Tessin erhört habe. Er zeige aber auch, dass sich die Kommission des steigenden Drucks auf dem Arbeitsmarkt bewusst sei und in diesem Punkt gewissen Handlungsbedarf erkenne. Wie genau das Anliegen umgesetzt werden soll, könne nun im weiteren Verlauf der Debatte geprüft werden.

Düpiert wurde damit auch das Departement von Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Dessen Staatssekretariat für Wirtschaft hatte sich in einem Bericht an die Kommission gegen die Initiative ausgesprochen. Dem Vernehmen nach konnte es den Ständeräten aber auch auf Nachfrage keine andere Lösung aufzeigen, die diese für tauglich hielten. Auch darum hiess die Kommission nach mehreren Sitzungen das Anliegen mit den Stimmen von linken und CVP-Ständeräten nun gut.

Der Entscheid ist insofern bemerkenswert, als er an einem Tabu rüttelt. Seit Jahren fordern die Gewerkschaften, dass angesichts des steigenden Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt der Kündigungsschutz verbessert wird, zumindest für ältere Arbeitnehmer ab fünfzig. Bisher blieben sie damit chancenlos, über das Thema wurde kaum diskutiert. Dementsprechend irritiert ist der Arbeitgeberverband, dass dies nun so und gestützt auf eine regionale Problematik geschieht. Daniella Lützeltschwab, Mitglied der Geschäftsleitung, spricht



Mehr Mittel gegen lohnbedingte Kündigung: Ein Küchenangestellter wäscht Geschirr. (31. März 2014)

denn auch von einem heiklen oder gar gefährlichen Entscheid. Die Regelung ziele darauf ab, die Kündbarkeit einzuschränken, sagt sie, und zwar so, dass sich die Löhne nur noch nach oben entwickeln könnten. Das sei ein zu starker Eingriff in den Arbeitsmarkt. Zudem gibt Lützeltschwab zu bedenken, dass das Kriterium der «gleichen Qualifikation» unklar sei. Es müsse doch möglich bleiben, einem neuen Arbeitnehmer, der zwar die gleiche Berufsqualifikation aufweist, aber zum Beispiel weniger Erfahrung, einen tieferen Lohn zu zahlen als seinem gekündigten Vorgänger.

Wenig Verständnis hat auch FDP-Ständerat Andrea Caroni. «Wir haben mit den flankierenden Massnahmen Lohnvorgaben definiert, die alle Arbeitgeber einhalten müssen», sagt er. Innerhalb dieser Vorgaben müsse es aber weiterhin erlaubt sein, den Spielraum zu nutzen.

Neue Front eröffnet

Positiv reagieren umgekehrt die Gewerkschaften. Auch sie sehen in dem Entscheid indes primär ein willkommenes politisches Signal. Wie viel die Massnahme allein bringe, sei schwierig abzuschätzen, heisst es. Wichtig sei vor allem, dass die flankierenden Massnahmen eingehalten und kontrolliert würden und dass der Kündigungsschutz generell und umfassend verbessert werde.

Wie die Debatte über diese Initiative politisch weitergeht, ist angesichts der Ausgangslage noch offen. Klar ist aber, dass die Ständeräte mit diesem Entscheid in der Auseinandersetzung um den Schutz der Arbeiter und die Personenfreizügigkeit fürs Erste eine neue Front eröffnet haben.

SBB suchen an Bahnhöfen nach neuen Lokomotivführern

Mit Schnellrekrutierungen geht die Bahn gegen den Personalmangel vor. Eine Offensive im Ausland soll zudem die Lücken füllen.

Andreas Schmid

Den SBB fehlen Dutzende von Lokomotivführern. Mit verschiedenen Massnahmen will die Bahn den Engpass beseitigen. Eine davon ist ein sogenanntes «Speed-Recruiting», mit dem an Bahnhöfen Interessierte angesprochen werden sollen. Angelehnt ans «Speed-Dating» bei der Partnerwahl, suchen SBB-Personalverantwortliche das persönliche Gespräch mit Passanten. Sie lassen sie in einem Lok-Simulator fahren und versuchen sie von der Tätigkeit zu begeistern.

In den Bahnhöfen Olten, Lausanne, Zürich und Bern führten die SBB in den letzten Monaten unter der Bezeichnung «Berufswelten-Café» solche Aktionen durch. Diese sollen den Besuchern nicht nur Einblick in die Aufgaben des Lokführers gewähren, sondern in sämtliche 150 Berufe bei der Bahn.

Wer sich für die Zweitausbildung im Führerstand interessiert, kann die Bewerbungsunterlagen zum Anlass mitbringen und beim Speed-Recruiting in einem zehnmütigen Gespräch seine Aussichten ausloten. SBB-Sprecher Daniele Pallecchi betont aber, dass auf eine Schnellbewerbung wie im üblichen Prozedere eingehende psychologi-



An den Bahnhöfen wollen die SBB Passanten für Bahnberufe anwerben. Zürich ist einer der Orte, an denen die Bahn «Speed-Recruitings» anbietet.

sche und medizinische Tauglichkeitsprüfungen folgten.

Jürg Hurni von der Verkehrspersonal-Gewerkschaft SEV stellt einen grösseren Nutzen der Schnellrekrutierungen infrage, dennoch begrüsst er die Bemühungen der SBB: Es brauche angesichts des Personalmangels mehr Rekrutierungen. «Deshalb ist es angebracht, dass das Unternehmen nichts unversucht lässt, um die Lücken zu füllen.»

SBB-Sprecher Pallecchi sagt, das Echo auf die Veranstaltungen an den Bahnhöfen sei sehr positiv. «Offenbar schätzen die Besucher den persönlichen Kontakt

und die Möglichkeit, Fragen direkt beantwortet zu erhalten.» Deshalb würden auch für nächstes Jahr solche Anlässe an Bahnhöfen geplant.

Weitere Rekrutierungsanstrengungen unternehmen die SBB mit einer Kampagne, die über 40-Jährige für den Lokführer-Beruf gewinnen will. Weil bis 2025 etwa 1000 neue Fachkräfte für den Führerstand benötigt werden, sind auch ältere Kandidaten gefragt. Die Lokführer-Ausbildung dauert 14 bis 16 Monate.

Auch ausserhalb der Schweiz suchen die SBB Personal. In Deutschland starteten sie im Sommer eine Offensive. Obwohl der Deutschen Bahn Hunderte von Lokführern fehlen, wildern die SBB in deren Territorium. «Beide Unternehmen rekrutieren derzeit auch über die Landesgrenzen hinaus», sagt Sprecher Pallecchi. Wegen des Mangels hätten die SBB sowohl die Zielgruppen als auch die geografischen Regionen erweitert, «um auf ihre attraktiven Bedingungen aufmerksam zu machen». Aus Deutschland habe das Unternehmen denn in den letzten Wochen auch einige Dutzend Anfragen und Bewerbungen erhalten.

Pallecchi sagt, dass die SBB vor dem Hintergrund des prognostizierten Fachkräftemangels künftig wohl nicht nur Lokomotivführer, sondern auch andere Berufsgruppen im Ausland anwerben könnten: «Solche Massnahmen müssen wir für andere Profile ebenfalls ins Auge fassen.»

Grüne bereiten Angriff auf Bundesratssitz der FDP vor

Die Delegierten der Grünen haben am Samstag in Bern ihren Wahlsieg gefeiert. «Wir gehören in den Bundesrat», sagte Parteichefin Rytz.

Stefan Bühler, Bern

Jubelstimmung im Hotel National in Bern: Zwei Wochen nach dem historischen Sieg der Grünen bei den Wahlen vom 20. Oktober haben die Delegierten am Samstag diesen Erfolg, ihre Parteileitung und sich selbst gefeiert. Nach einer stehenden Ovation und zahlreichen Unterbrüchen wegen spontanen Applauses und Jubelrufen erklärte Parteipräsidentin Regula Rytz am Ende ihrer Rede unmissverständlich: «Wir spielen jetzt in der gleichen Liga wie die FDP und die CVP.» Das heisse auch: «Wir Grünen gehören in den Bundesrat.» Es brauche deshalb eine neue Formel für die Zusammensetzung der Regierung, welche die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen respektiere.

Wie schon am Wahltag machte Rytz ihrem Ärger Luft, dass FDP und CVP mit den Rücktritten von Johann Schneider-Ammann und Doris Leuthard bereits im letzten Jahr einen Wechsel im Bundesrat herbeigeführt hätten. Solche «taktischen Rücktritte während der Legislatur» dürfe es künftig nicht mehr geben. Wären die beiden Regierungsmitglieder erst jetzt auf Ende Legislatur ausgeschieden, «dann hätten wir am 11. Dezember auf jeden Fall eine grüne Bundesrätin oder einen grünen Bundesrat wählen kön-

nen». Dann wird die Gesamt-erneuerungswahl des Bundesrats stattfinden. Doch nun sei die Ausgangslage nicht so klar: «Deshalb sind wir mit allen Parteien in intensiven Gesprächen, um zu sehen, wie unsere Chancen für den 11. Dezember stehen.» Näher äusserte sich Rytz, die in Bern in der zweiten Runde der Ständeratswahlen antritt, nicht.

Es ist naheliegend, dass ein Angriff der Grünen auf die FDP zielen würde. Wiederholt wiesen SP und Grüne in den letzten Wochen darauf hin, dass die FDP mit einem Wähleranteil von 15,1 Prozent zwei Bundesräte stelle, während die Grünen mit 13,2 Prozent nicht vertreten seien. Die Bürgerlichen halten dem entgegen, dass die Zusammensetzung des Bundesrates traditionell erst geändert werde, wenn eine Partei einen Wahlerfolg nach vier Jahren bestätigen könne.

Trotz kräftigem Säbelrasseln ist es fraglich, ob die Grünen die FDP im Dezember mit aller Vehemenz angreifen werden. Denn bei aller Euphorie sind sich die Parteistrategen der Kräfteverhältnisse im Parlament bewusst. So wies Fraktionschef Balthasar Glättli in seiner Ansprache am Samstag darauf hin, dass Grüne, Grünliberale, SP und kleine Mitteparteien zusammen nach wie vor keine Mehrheit haben werden: Für Lösungen im Sinne der Grünen werde es stets die Unterstützung «entweder der FDP oder der CVP brauchen». Und das sei das Ziel: Mehrheiten für eine ökologische Politik zu schaffen, «nicht in Schönheit zu sterben».